

MONITOR

INTERNATIONALER PARTEIENDIALOG

Alles nur Show?

Diversität und Repräsentation bei den britischen Konservativen

Tim Bale, Queen Mary University of London

- › Obwohl sie weit davon entfernt sind, einen Mikrokosmos der britischen Bevölkerung darzustellen, sind die Tories nicht mehr ausschließlich eine Partei der Elite oder der oberen Mittelschicht, wie es noch bis weit in die zweite Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts der Fall war.
- › Die Veränderungen haben die Konservative Partei jedoch weder im Parlament noch darüber hinaus so vielfältig oder innerparteilich demokratisch gemacht, wie es ihre Hauptgegner von der Labour Party und den Liberal Democrats sind.
- › Unter den acht Kandidaten, die im Sommer 2022 für den Parteivorsitz kandidierten, gab es vier Frauen und vier Angehörige ethnischer Minderheiten. Bei genauerem Hinschauen wird aber deutlich, dass die Kandidaten keineswegs ein repräsentatives Abbild der britischen Gesellschaft darstellten.
- › Während 38 Prozent der Tory-Abgeordneten im Jahr 2019 staatliche Gesamtschulen und 17 Prozent staatliche Gymnasien besucht hatten, bleibt es dabei, dass etwa 44 Prozent auf Privatschulen gegangen waren.
- › Die Zahl der weiblichen Tories im Unterhaus ist zuletzt leicht gestiegen, von 21 Prozent im Jahre 2017 auf nunmehr 24 Prozent. Dieser Anteil könnte jedoch durchaus sinken, sollten die Konservativen bei der nächsten Wahl Sitze verlieren.
- › Ein Zusammenhang zwischen der demografischen Zusammensetzung einer Parlamentsfraktion oder Parteibasis und der Bereitschaft der Menschen, für sie zu stimmen, ist jedoch nicht erwiesen. Bei den Wahlen 2019 haben die Konservativen rund 43 Prozent der Stimmen der Wähler aus den unteren Schichten, 44 Prozent der weiblichen Wähler und 24 Prozent der Wähler ethnischer Minderheiten gewonnen.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	2
Der Kampf um die Parteispitze 2022 – Vielfalt aus dem Vollen	3
Nicht ganz so beeindruckend – die Tories im Unterhaus	4
Schon näher am Stereotyp – die Tories an der Basis	5
Schlussfolgerungen	6
Impressum	8
Der Autor	8

Einleitung

Die Konservative Partei Großbritanniens ist eine der ältesten und erfolgreichsten politischen Parteien der Welt. Der vielleicht wichtigste Grund dafür ist ihre fast schon legendäre Fähigkeit, ihr Angebot an die Wählerschaft stets den wirtschaftlichen und soziokulturellen Veränderungen anzupassen. Einige davon gestaltet sie mit, andere muss sie hinnehmen. Das ist jedoch nicht alles. Die Konservativen haben sich in ihrem Erscheinungsbild und ihrem Ton ganz allmählich, aber unbestreitbar, dem Land, das sie regieren wollen, angenähert.

Obwohl sie weit davon entfernt sind, einen Mikrokosmos der britischen Bevölkerung darzustellen, sind die Tories nicht mehr ausschließlich eine Partei der Elite oder der oberen Mittelschicht, wie es noch bis weit in die zweite Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts der Fall war, noch sind sie heutzutage, zumindest auf parlamentarischer Ebene, so einheitlich weiß wie noch vor ein paar Jahrzehnten und an der Basis gibt es mehr (wenn auch immer noch begrenzte) Möglichkeiten für Mitgliederbeteiligung als einst – vor allem, wenn es um die Wahl des Parteivorsitzenden geht.

All dies zeigte sich deutlich bei der Wahl zum Parteivorsitz im Sommer 2022, bei der sowohl weibliche Kandidaten als auch Angehörige ethnischer Minderheiten in der ersten Phase des Rennens gut vertreten waren. Auf diese folgte dann eine Urabstimmung, bei der die Basis die Wahl zwischen einer Frau (Liz Truss) und einem Mann indischer Abstammung (Rishi Sunak) hatte, die beide bereits in den höchsten Ebenen der Regierung tätig gewesen waren: Truss als Außenministerin, Sunak als Finanzminister. Als Truss schließlich nach zwei alles andere als überzeugenden Monaten im Amt von ihren Parlamentskollegen zum Rücktritt gezwungen wurde, ersetzte Sunak sie. Er wurde somit zum zweiten Angehörigen einer ethnischen Minderheit, der britischer Premierminister wurde (der erste war Benjamin Disraeli, ein Führer der Konservativen im 19. Jahrhundert, der jüdischer Abstammung war).

Diese Veränderungen, von denen die meisten seit der Jahrhundertwende stattgefunden haben, haben die Konservative Partei jedoch weder im Parlament noch darüber hinaus so vielfältig oder innerparteilich demokratisch gemacht wie es ihre Hauptgegner sind: die Labour Party links der Mitte, die Liberal Democrats im Zentrum oder die Scottish Nationalist Party. Sie alle können sich rühmen, repräsentativer zu sein als die Tories. Wie sehr ihnen das jedoch wirklich weiterhilft und die Tories behindert, ist unklar - und das ist möglicherweise ein Grund, weshalb die Konservative Partei weder so sehr auf Diversität bedacht noch so repräsentativ für die Wählerschaft ist, wie viele denken.

Der Kampf um die Parteispitze 2022 – Vielfalt aus dem Vollen

Vor 1998, als die Regeln der Partei geändert wurden, um einfachen Mitgliedern das letzte Wort bei der Wahl zum Parteivorsitz zu geben, war diese Wahl ausschließlich Sache der Abgeordneten. Diese wiederum hatten selbst erst 1965 das Recht auf eine formelle Abstimmung erhalten. Die Regeländerung von 1998 sollte die Wut der Basis über das spalterische Verhalten der Parlamentsfraktion besänftigen, die im Jahr zuvor eine vernichtende Niederlage gegen Tony Blairs New Labour erlitten hatte. Sie war auch eine Gegenleistung für ein gewisses Maß an Zentralisierung, im Zuge welcher die einzelnen Teile der Partei zum ersten Mal in eine einheitliche Führungsstruktur eingebettet wurden. Man hoffte zudem, dass die Wahl des Parteivorsitzenden durch die einfachen Mitglieder (deren Wahlrecht lange Zeit auf die Auswahl von Kandidaten für ihre lokalen Wahlkreise beschränkt war) dazu beitragen würde, den scheinbar unaufhaltsamen Rückgang der Mitgliederzahl der Tories seit Anfang der 1950er Jahre, als sie die Drei-Millionen-Grenze erreicht hatte, aufzuhalten.

Diese Hoffnung hat sich jedoch nie erfüllt – die Mitgliederzahl ging weiter zurück und steht heute bei nur wenigen Hunderttausend. Aus diesem Grund und wegen der beklagenswerten Leistung von Iain Duncan Smith, dem ersten unter dem neuen Regularium im Jahr 2001 gewählten Parteivorsitzenden, versuchte sein Nachfolger Michael Howard, 2005 die Wahl wieder ausschließlich den Abgeordneten zu überlassen. Dieser Versuch scheiterte jedoch knapp. In den vier seither abgehaltenen Wahlen bis 2022 ging nur eine einzige nicht in die zweite Phase: Theresa May wurde automatisch zur Vorsitzenden, als die zweitplatzierte Andrea Leadsom ausschied, bevor die zweite Phase beginnen konnte.

Unter den acht Kandidaten, die genügend Nominierungen erhielten, um im Sommer 2022 zu kandidieren, gab es vier Frauen und vier Angehörige ethnischer Minderheiten (von denen wiederum zwei weiblich waren): Nadhim Zahawi, der zusammen mit Jeremy Hunt in der ersten Runde ausschied, stammt ursprünglich aus dem Irak; Suella Braverman, die nach Zahawi und Hunt in der zweiten Runde ausschied, ist indischer Abstammung; Kemi Badenoch, die es bis in die vierte Runde schaffte, nachdem Tom Tugendhat in der dritten Runde ausgeschieden war, ist in Nigeria aufgewachsen; und Rishi Sunak, der in der parlamentarischen Phase den ersten Platz belegte und Liz Truss auf den zweiten Platz verwies, ist indischer Herkunft.

So weit, so vielfältig – zumindest auf Geschlecht und ethnische Zugehörigkeit bezogen. Auf den sozioökonomischen Hintergrund ausgeweitet, sieht das Bild anders aus. Die Kandidaten sind sich dann sehr – Kritiker würden sagen zu – ähnlich. Penny Mordaunt stammt aus dem am wenigsten wohlhabenden (aber immer noch bürgerlichen) Milieu: Sie besuchte eine staatliche Gesamtschule und ihre Eltern sind Lehrer. Liz Truss besuchte ebenfalls eine Gesamtschule, stammt aus der Mittelschicht, ebenfalls mit Eltern im Bildungswesen. Kemi Badenoch absolvierte einen Teil ihrer Ausbildung an einer staatlichen Hochschule.

Ihr Vater ist jedoch Arzt und ihre Mutter Universitätsprofessorin. Die Eltern von Suella Braverman – eine Krankenschwester und ein Handwerker – waren nicht wohlhabend, aber sie genoss dennoch eine private Ausbildung (wenn auch mit einem Teilstipendium). Tom Tugendhats Vater war Richter am High Court und Ritter, er selbst besuchte mit St. Pauls eine der Londoner Eliteschulen. Jeremy Hunts Vater, ein Admiral der Royal Navy, wurde ebenfalls zum Ritter geschlagen, und der spätere Schatzkanzler besuchte die elitäre Charterhouse School. Die Eltern von Rishi Sunak – eine Apothekerin und ein Arzt – waren immer noch wohlhabend genug, um ihn auf eine weitere unabhängige Eliteschule, Winchester, zu schicken. Zudem studierte Sunak wie die vier anderen Kandidaten in "Oxbridge" (d. h. entweder Oxford oder Cambridge, die beide einen weitaus höheren Anteil an Privatschülern aufnehmen als andere Universitäten).

Kurzum, die Kandidaten für die Führung der Konservativen Partei im Sommer 2022 waren weit davon entfernt, ein repräsentatives Abbild der britischen Öffentlichkeit oder auch nur der britischen Politiker – einschließlich der konservativen Politiker – zu sein.

Nicht ganz so beeindruckend – die Tories im Unterhaus

Die Mitte-Rechts-Partei des Vereinigten Königreichs wurde ursprünglich gegründet, um die Interessen der Großgrundbesitzer und Adeligen, später jene der Wirtschafts- und Berufseliten des Landes, zu vertreten. Es mag daher wenig überraschend sein, dass sie im Parlament überwiegend durch Angehörige der Mittel- und Oberschicht vertreten wurde. Selbst als die Einführung der Demokratie es für die Konservativen unabdingbar machte, um die Unterstützung der Arbeiterklasse zu werben, stellten sie in gewinnbaren Wahlkreisen nur sehr selten arbeitende Männer (geschweige denn arbeitende Frauen oder Frauen überhaupt) als Kandidaten auf. Im Übrigen gelang es ihnen, bei der Arbeiterklasse dennoch beträchtliche Unterstützung zu generieren, indem sie auf deren Patriotismus setzten und die Fähigkeit des Kapitalismus, sowohl Wohlstand als auch Wohlfahrt zu schaffen, betonten.

Leider hat sich in dieser Hinsicht nicht viel geändert. Zwar ist der einzige ehemalige Bergarbeiter, der 2019 ins Unterhaus gewählt wurde, ein Konservativer. Er war jedoch noch vor Kurzem als Labour-Ratsmitglied und als Büroleiter eines Labour-Abgeordneten tätig. Dahingegen gab es unter den konservativen Kandidaten z.B. keinen einzigen (ehemaligen) Gewerkschaftsfunktionär. Nimmt man schulische Ausbildung als Indikator für den Wohlstand des Elternhauses, dann bleibt es trotz einer Rekordzahl von 38 Prozent der 2019 gewählten Tory-Abgeordneten, die staatliche Gesamtschulen besuchten (während 17 Prozent auf staatliche Gymnasien gingen) dabei, dass etwa 44 Prozent Privatschulen besuchten. Letzteres trifft auf weniger als fünf Prozent ihrer Labour-Kollegen und unter zehn Prozent der britischen Gesamtbevölkerung zu.

Zwar sank der Anteil der Konservativen MPs mit Oxbridge-Hintergrund zwischen 2017 und 2019, doch sank er lediglich um 5% von 34% auf 29%. Darüber hinaus steigt der Anteil von Politikern mit Oxbridge-Abschlüssen konsistent auf den oberen Ebenen der Hierarchie. Infolgedessen wird ein signifikanter Sitzverlust bei den nächsten Parlamentswahlen eine wahrscheinlich noch weniger repräsentative Sitzverteilung zur Folge haben.

Dies gilt auch für die Geschlechterverteilung. Die Konservativen haben einige Fortschritte bei der Wahl weiblicher Abgeordneter gemacht, was zum Teil auf die Bemühungen von David Cameron zurückzuführen ist, die Partei zu modernisieren, als er 2005 das Amt des Parteivorsitzenden übernahm. Da sich die Partei jedoch (angeblich mit der Begründung, auf eine "Meritokratie" setzen zu wollen) entschieden weigerte, die von anderen Parteien ergriffenen Fördermaßnahmen zu kopieren, hinkt sie bei der Gleichstellung der Geschlechter weit hinterher.

So entschied sich die Labour-Partei, in einigen Wahlkreisen ausschließlich Frauen in die Vorauswahl aufzunehmen, was 2019 einen Frauenanteil von 51 Prozent im Parlament zur Folge hatte. Zwar ist die Zahl der weiblichen Tories, die 2019 ins Unterhaus gewählt wurden, leicht gestiegen – aber nur von 21 Prozent im Jahre 2015 auf 24 Prozent zwei Jahre später. Und da in den sichersten Wahlkreisen eher männliche als weibliche Abgeordnete gewählt werden, könnte diese Zahl durchaus noch sinken, sollten die Konservativen bei der nächsten Wahl Sitze einbüßen.

Interessanterweise wird jedoch ein signifikanter Verlust an Unterstützung 2023 oder 2024 wahrscheinlich nicht dazu führen, dass die Zahl der Abgeordneten, die ethnischen Minderheiten angehören, abnimmt. Fortschritte bei der Nominierung von Angehörigen ethnischer Minderheiten in sicheren Wahlkreisen (die ebenso mit David Camerons Modernisierungsprogramm nach 2005 begannen) wurden weitgehend auf informellem Wege, durch Ermahnung und Überzeugungsarbeit erzielt. Hinter diesem Programm stand unter anderem die Annahme, dass (a) Wahlkreise mit einem hohen Anteil ethnischer Minderheiten ohnehin dazu neigen, Labour zu wählen, und (b) dass erwiesenermaßen Kandidaten aus ethnischen Minderheiten in anderen Wahlkreisen tendenziell weniger Stimmen erhalten als weiße Gegenkandidaten. Sie würden also dort aufgestellt werden müssen, wo die Tory-Mehrheiten so überwältigend waren, dass ein Sieg als gesichert gelten konnte.

Dennoch sollte auch an dieser Stelle die Lage nicht überzeichnet werden. Es mag sein, dass die Hälfte der Kandidaten bei der Wahl zum Parteivorsitzenden 2022 „People of Colour“ (PoC) waren und dass drei der vier so genannten großen „Staatsämter“ (Premierminister, Schatzkanzler, Innen- und Außenminister) sowohl unter Liz Truss als auch im Kabinett Rishi Sunaks mit PoCs besetzt wurden. Doch in einem Land, in dem etwa 15 Prozent der Bevölkerung als PoC eingestuft werden können, gilt dies nur für sechs Prozent der konservativen Abgeordneten (im Vergleich zu etwa 20 Prozent der Labour-Abgeordneten). Tatsächlich wählten die Tories 2019 mehr LGBT-Abgeordnete (24) als PoC (22), was sieben Prozent der Fraktion entspricht und damit etwa doppelt so hoch ist wie der Anteil in der erwachsenen Bevölkerung insgesamt.

Schon näher am Stereotyp – die Tories an der Basis

Über den Anteil unter den 160.000 stimmberechtigten Mitgliedern, die sich als LGBT identifizieren, liegen keine Zahlen vor. Jedoch haben wir dank des sogenannten Party Members Projects (das vom britischen Economic and Social Research Council finanziert und von der Queen Mary University of London in Zusammenarbeit mit der Universität Sussex durchgeführt wird) eine recht gute Vorstellung davon, wie die konservative Basis in anderer Hinsicht aussieht.

Betrachtet man zunächst die ethnische Zusammensetzung der Parteibasis und stützt sich dabei auf die nach der Wahl 2019 durchgeführte Studie, so stellt man fest, dass die Mitglieder der Tory-Partei überwiegend weiße Briten sind. Nur vier Prozent gehören einer ethnischen Minderheit an. Ihr Anteil ist dementsprechend an der Basis noch geringer als in der Parlamentsfraktion (wo sie mit 6% vertreten sind) und weit entfernt von den 50 Prozent der Bewerber um die Parteiführung im Jahr 2022. Was das Geschlechterverhältnis anbetrifft, so sind nur 37 Prozent der Mitglieder weiblich, wobei dies ein deutlich höherer Anteil ist als die nur 24 Prozent Frauen im Parlament. Was das Alter angeht, so ist das durchschnittliche Tory-Mitglied zwar Ende fünfzig, aber 40 Prozent sind älter als 65. Im gesamten Vereinigten Königreich gilt Letzteres für lediglich etwas über 20 Prozent der Erwachsenen, während unter zehn Prozent der konservativen Abgeordneten diese Altersschwelle überschritten haben (Tory-Abgeordnete sind, wie die meisten anderen Parlamentsmitglieder, in der Regel zwischen 35 und 64 Jahre alt).

Auch in Bezug auf die gesellschaftliche Stellung ist die Mitgliederbasis der Partei nicht sehr repräsentativ. Etwa 80 Prozent gehören der Ober-, Mittel- und unteren Mittelschicht an. In der britischen Bevölkerung insgesamt gehören nur 57 Prozent diesen Schichten an. Dennoch deutet die Tatsache, dass 20 Prozent den unteren und untersten Schichten zuzuordnen sind, darauf hin, dass die Basis der Tories zumindest etwas repräsentativer ist als diejenigen, die sie ins Parlament wählen.

Diese Feststellung wirft eine interessante Frage auf. Ist der relative Mangel an Diversität unter Konservativen MPs durch die Vorurteile der Basis bedingt? Oder sollte man eher das "Angebot" (d.h. die Personen, die sich als Kandidaten bewerben) als die "Nachfrage" (d.h. die Präferenzen derjenigen, die zwischen ihnen wählen dürfen) dafür verantwortlich machen?

Zweifellos spielen beide Faktoren eine Rolle – ebenso wie die Auswahlkriterien der Partei für die Kandidatenlisten, aus denen die Ortsverbände dann wählen können. Letztlich beeinflussen sich alle Elemente des Prozesses gegenseitig. Wenn der Prozess diejenigen begünstigt, die über höherentwickelte kognitive und kommunikative Fähigkeiten verfügen, die in wohlhabenderen Haushalten üblicherweise eher geschätzt und dann an Hochschulen verfeinert werden, wenn die Kandidaten sich zudem durch zahlreiche Auswahlverfahren selber finanzieren müssen, bei denen Nachweise über ehrenamtliche Tätigkeiten (z.B. als Ratsmitglied) honoriert werden, dann ist es zum Beispiel für eine farbige Frau mit nur einer Sekundarschulbildung, begrenzten Mitteln und familiären Verpflichtungen nicht nur unwahrscheinlicher, dass sie es schafft, sondern auch, dass sie überhaupt vorgeschlagen wird.

Aus einer nach der Wahl 2017 durchgeführten Umfrage unter Parteimitgliedern geht hervor, dass sie zu bestimmten Präferenzen neigen, die sich wahrscheinlich auf die Diversität des Kandidatenpools und damit auch der Abgeordneten auswirken. Dies ist jedoch bei der Geschlechterverteilung weniger der Fall, als wenn es um ethnische Herkunft geht. Während 48 Prozent der konservativen Mitglieder angaben, dass sie die Anzahl der weiblichen Abgeordneten in etwa gleich halten möchten, wünschten sich fast ebenso viele (42 Prozent) mehr Frauen im Parlament. Die entsprechenden Zahlen für ethnische Minderheiten betragen 49 bzw. 31 Prozent, während sie für muslimische Abgeordnete 44 bzw. 17 Prozent betragen. 26 Prozent gaben sogar an, eigentlich weniger muslimische Abgeordnete sehen zu wollen. 53 Prozent der Mitglieder waren mit dem derzeitigen Anteil von Abgeordneten aus der Arbeiterklasse zufrieden (und dieser ist selbstverständlich im gesamten Parlament und insbesondere unter den Tory-Abgeordneten äußerst gering), auch wenn 32 Prozent angaben, dass sie gerne mehr sehen würden. Es lässt sich also kaum behaupten, dass der Druck für mehr Diversität von Seiten derjenigen, die den größten Einfluss bei der Kandidatenauswahl haben, überwältigend ist.

Schlussfolgerungen

In der Parteisatzung heißt es zwar, dass "die Ansichten der Parteimitglieder und des Conservative Policy Forum" (einer Organisation, über die die Basis der Parteiführung ihre Ansichten zu aktuellen Themen kommunizieren kann) berücksichtigt werden, aber es gilt auch: "Der Vorsitzende bestimmt die politische Richtung der Partei". Selbst die jährliche Parteikonferenz – die anderen Parteien üblicherweise als Forum für demokratische Debatten und Entscheidungsprozesse dient – ist bei den Konservativen nicht mehr als eine Kundgebung, auf der die Mitglieder ihren Parteiführern zujubeln, anstatt darüber abzustimmen, welche politischen Maßnahmen in ihr Wahlprogramm aufgenommen werden sollten. Während die Mitglieder das Recht haben, den Parteivorsitzenden zu ernennen, ist es den Abgeordneten vorbehalten, in einer Vertrauensabstimmung zu entscheiden, ob dieser im Amt bleiben kann.

Dennoch bedeutet das Recht der Basis, den Vorsitzenden zu ernennen, dass sie eine enorm wichtige Rolle dabei spielt, wie die Partei als Ganzes von der wählenden Öffentlichkeit wahrgenommen wird – und das nicht nur, weil die öffentliche Wahrnehmung der Partei so stark davon abhängt, wer Vorsitzender wird. Auch weil (trotz der Widerwilligkeit, mit der die Partei relevante Daten veröffentlicht) mittlerweile so viel über die Zusammensetzung der Parteibasis bekannt ist, repräsentieren die Mitglieder ihre Partei faktisch nicht weniger als die Abgeordneten. Daran kann auch die Tatsache, dass weniger als 20 Prozent der Mitglieder überhaupt als politisch aktiv bezeichnet werden können, nichts verändern.

Im Sommer 2022 wurden den Wählern, obwohl sie keinen direkten Einfluss auf die Wahl des nächsten Vorsitzenden hatten, suggeriert, dass die Konservative Partei durch die Aufstellung so vieler weiblicher Kandidaten sowie Angehöriger ethnischer Minderheiten das Vereinigte Königreich in seiner ganzen Vielfalt repräsentiere. Dadurch wurde ein Eindruck erweckt, der nicht nur oberflächlich, sondern auch irreführend war. Ein Medienbericht nach dem anderen machte deutlich, dass die Zusammensetzung jener 0,3 Prozent der britischen Wähler, die der Konservativen Partei angehörten, und die im Gegensatz zur großen Mehrheit der Bevölkerung den nächsten Premierminister des Landes wählen durften, diesen Eindruck widerlegte. Für die öffentliche Wahrnehmung der Partei und die gesamte "Marke" der Konservativen wird das nicht folgenlos geblieben sein.

Das muss natürlich nicht heißen, dass dies den Erfolgchancen der Partei bei den nächsten Wahlen schadet. Untersuchungen deuten zwar darauf hin, dass es einen Zusammenhang zwischen "deskriptiver Repräsentation" (dem Ausmaß, in dem eine Parlamentsfraktion die Zusammensetzung der Wählerschaft personell reflektiert) und "inhaltlicher Repräsentation" (dem Ausmaß, in dem dies die von der Partei vertretene Politik beeinflusst) gibt. Ein Zusammenhang zwischen der demografischen Zusammensetzung einer Parlamentsfraktion oder Parteibasis und der Bereitschaft der Menschen, für sie zu stimmen, ist jedoch nicht erwiesen. Immerhin haben die Konservativen im Jahr 2019 nach Schätzungen der British Election Study rund 43 Prozent der Stimmen der Wähler aus den unteren Schichten, 44 Prozent der weiblichen Wähler und 24 Prozent der Wähler ethnischer Minderheiten gewonnen. Dies sind weitaus höhere Anteile als in der Partei selbst personell vertreten sind. Unabhängig davon, ob es um die eigentliche Wirklichkeit oder um bloße Wahrnehmungen dieser geht, bleibt es dabei: in puncto Diversität hat die Konservative Partei - ungeachtet der Tatsache, dass sie nun vom ersten Premierminister indischer Abstammung geführt wird – noch weitaus mehr zu tun, als sie es möglicherweise wahrhaben möchte.

Impressum

Der Autor

Professor Tim Bale PhD ist Professor für Politik an der Fakultät für Politik und Internationale Beziehungen der Queen Mary University of London (t.bale@qmul.ac.uk).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Matthias Barner

Leiter des Auslandsbüros Vereinigtes Königreich und Irland
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit

T +44 (0)20 7834 4119

Matthias.Barner@kas.de

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).